

- Positionen zur israelischen Administrativhaft -

"Eine Demokratie wird nicht daran gemessen, wie ihre Soldaten - junge Männer und Frauen - unter extremer Anspannung reagieren. Eine Demokratie wird danach beurteilt, wie ihre Gerichtsbarkeit handelt, wie es in der leidenschaftlosen Nüchternheit der richterlichen Amtszimmer zugeht. Der israelische Oberste Gerichtshof und andere Gerichte haben sich in dieser Hinsicht als untadelig erwiesen. Zum ersten Mal in der Geschichte des Nahen und Mittleren Ostens gibt es eine unabhängige Rechtsinstanz, die bereit ist, die Klagen von Arabern anzuhören - und diese Instanz ist der Oberste Gerichtshof Israels." Alan Dershowitz

Israel hat nach seiner Staatsgründung 1948 bestimmte Gesetze von der britischen Mandatsmacht übernommen. Eines dieser Gesetze betrifft die Administrativ- oder Verwaltungshaft, die in Fällen, in denen die Sicherheit des Landes bedroht ist, unter bestimmten, genau festgelegten Bedingungen erlaubt ist. Der Inhaftierte hat das Recht, sich von einem Anwalt vertreten zu lassen, und kann beim Obersten Gerichtshof Berufung einlegen. Die Staatsanwaltschaft muss stichhaltige Gründe dafür vorlegen, dass das Gerichtsverfahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden sollte. Oft sind die verantwortlichen Beamten der Ansicht, dass eine Beweisaufnahme im Rahmen einer öffentlichen Gerichtsverhandlung ihre Informanten bloßstellen und damit das Leben von Personen gefährden würde, die wichtige Hinweise auf geplante Terroranschläge geliefert haben.

Nach israelischer Praxis darf Administrativhaft nur bei Schwerverbrechern eingesetzt werden. Der Oberste Gerichtshof kann bereits getroffene Haftbeschlüsse widerrufen. Im Gegensatz zu diesem immerhin stark reglementierten Vorgang wird die Administrativhaft in weiten Teilen der arabischen Welt gar nicht praktiziert, weil die Festnahme von Personen ohne Anklageerhebung und Gerichtsverfahren dort gang und gäbe ist. Es gibt keine Anwälte, Menschenrechtsorganisationen oder unabhängige Medien, die dagegen protestieren könnten.

Die wichtigsten Punkte in Kürze

Israel ist einer massiven Gefahr durch Terrorismus ausgesetzt

Israel ist ernsthaften Sicherheitsgefährdungen ausgesetzt und die Gefahren für seine Bewohner sind einzigartig in westlichen Demokratien. Die Gefahr kann sich nach der kürzlichen Errichtung einer palästinensischen Einheitsregierung nur erhöhen, da die Terrororganisation Hamas ihre Aktivitäten im Westjordanland verstärkt.

Administrativhaft rettet Menschenleben und ist legal

Israels Herausforderung besteht im Schutz der Leben seiner Bürger bei gleichzeitiger Wahrung demokratischer Werte. Ein Mittel, das unregelmäßig angewandt wird, das diese Balance bewahrt, ist der Einsatz der Administrativhaft.

Eine Vorbeugungsmaßnahme gegen die sehr reale Terrorisumusgefahr

Der Zweck der Administrativhaft ist präventiv und nicht bestrafend. Diese Sicherheitsmaßnahme gestattet die – zeitlich beschränkte – Inhaftierung jener, deren Inhaftierung aus zwingenden Sicherheitsgründen als absolut notwendig erachtet wird. Sie wird angewandt, wenn es Beweise für eine erhebliche Gefährdung von Menschenleben und der Sicherheit gibt. Kein Palästinenser wurde wegen politischer Aktivitäten in Administrativhaft genommen.

Internationales Recht erkennt den Gebrauch von Administrativhaft an

Administrativhaft wird von anderen demokratischen Staaten wie Großbritannien, den USA oder Australien, ebenfalls angewandt. Sie wird vom internationalen Recht anerkannt und steht im Einklang mit Artikel 78 der Vierten Genfer Konvention von 1949.

Die meisten Inhaftierten gehören radikalen Terrororganisationen an

Nach keinerlei Maßstäben können die Gefangenen und Administrativhäftlinge als politische Gefangene betrachtet werden. Fast jeder (98%) der Häftlinge gehört einer radikalen Terrororganisation an – über 88 Prozent von ihnen sind Mitglieder extremistischer islamistischer Gruppierungen wie der Hamas und dem Islamischen Jihad, der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (DFLP) oder der Fatah.

Die Rechte der Häftlinge sind gesetzlich geschützt

Die Rechte der palästinensischen Häftlinge sind durch ein strenges, mehrstufiges System der richterlichen Überprüfung geschützt. Die Häftlinge werden immer über den Grund für ihre Festnahme informiert. Sie haben Zugang zum rechtlichen Beistand ihrer Wahl. Sie werden innerhalb des rechtlich vorgegebenen Zeitrahmens einem Richter vorgeführt und alle haben das Recht, gegen ihre Inhaftierung Widerspruch einzulegen, auch beim Obersten Israelischen Gerichtshof. Administrativanordnungen werden von einer richterlichen Stelle erteilt und sind auf sechs Monate beschränkt. Eine Verlängerung ist nur nach geheimdienstlicher und richterlicher Überprüfung möglich.

Warum wird Administrativhaft anstelle von Strafprozessen angewendet?

Strafverfahren werden als Reaktion auf eine mutmaßliche Straftat oder kriminelle Handlung eingeleitet. Im Gegensatz dazu ist Verwaltungshaft eine präventive Maßnahme, durch die künftige Straftaten vereitelt werden sollen.

Ein letzter Ausweg

Das Mittel der Administrativhaft wird nur dann eingesetzt, wenn kein anderes Mittel zur Verfügung steht. Nach Anweisung des Israelischen Obersten Gerichtshofs müssen alle denkbaren Alternativen vollständig ausgeschöpft werden, bevor die Administrativhaft eingesetzt werden darf. Während es Israel vorziehen würde, ein Urteil in einem regulären Verfahren zu sprechen, ist dies nicht immer möglich. Zum Beispiel hinsichtlich der Zulässigkeit von Beweisen oder in Fällen, in denen geheimdienstliche Quellen geschützt werden müssen und ihre Beweise nicht in einem normalen Strafverfahren offengelegt werden können.

Minderjährige in Administrativhaft

Es ist deprimierend, dass so viele pro-palästinensische und anti-israelische Fürsprecher mehr damit beschäftigt sind, Israel als monströsen Gegner darzustellen, der palästinensische Kinder angreift. Es ist wahr, dass Israels Sicherheitsdienste viele palästinensische Jugendliche festnehmen und inhaftieren, vor allem ältere Teenager. Dies passiert aber nicht aus heiterem Himmel heraus. Die schlichte, unbequeme Wahrheit ist, dass 70 bis 75 Prozent aller Straftaten, die von Jugendlichen im Westjordanland verübt werden, gewaltsam sind. Im Jahr 2013 zum Beispiel standen 54 Prozent der 470 Anklagen gegen Minderjährige im Zusammenhang mit Steinwürfen und 14 Prozent mit dem Werfen von Molotow-Cocktails. In einigen Fällen sind diese tödlich.

Januar 2016

(Quellen: <http://www.jewishvirtuallibrary.org> & <http://goo.gl/0yyft6>)